

## **Niederschrift**

zur Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am Montag, den 03.09.2018, um  
18:00 Uhr Landratsamt Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus A, Raum 126

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:55 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2018 - öffentlicher Teil
4. Baubeschluss für den Neubau einer Rettungswache in Brieskow-Finkenheerd.
5. Gewährung einer zusätzlichen Zuwendung an die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH im Jahr 2018 zum Kauf von Straßenbahnen vom Typ Artic Tram zur Herstellung der Barrierefreiheit nach §3 Abs. 3 des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes im Straßenbahnbetrieb
6. Beschluss über die Beantragung des endgültigen Zuwendungsbescheides zum Breitbandausbau im Landkreis Oder- Spree
7. Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2019 bis 2022 ff
8. Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree
9. Erweiterung der Seniorenheime GmbH des Landkreises um das Alten- und Pflegeheim in Eisenhüttenstadt
10. Sitzungsplan 2019
11. Sonstiges

### **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2018 - nichtöffentlicher Teil
2. Austritt aus der Gemeinnützigen Gesellschaft für Qualifizierung und produktive Berufs- und Arbeitsförderung der Region Eisenhüttenstadt mbH (GEM mbH)  
Veräußerung der Geschäftsanteile des Landkreises Oder-Spree an der GEM mbH selbst an die GEM mbH zum Nennbetrag von 40.903,35 €

#### **Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Kaufmann leitete die Beratung. Er stellte fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. 8 stimmberechtigte Abgeordnete waren anwesend.

#### **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

Unter Sonstiges erfolgen Informationen der Verwaltung zu:

- Genehmigung der Haushaltssatzung 2018
- Finanzausstattung 2019
- Entwurf der Richtlinie Kreisstrukturfonds

**Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2018 - öffentlicher Teil**

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde mit einer Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen bestätigt.

**Zu TOP 4 Baubeschluss für den Neubau einer Rettungswache in Brieskow-Finkenheerd.  
Vorlage: 045/2018**

Frau Gläser gab eine kurze Einführung in die Beschlussvorlage. Sie verwies auf den Planungsfortschritt gegenüber dem Grundsatzbeschluss. Frau Gläser stellte Herrn Fuls als neuen Amtsleiter des Amtes für Infrastruktur und Gebäudemanagement vor und übergab das Wort an Herrn Fuls.

Herr Fuls erläuterte detailliert das Bauvorhaben auf der Grundlage einer PowerPoint Präsentation und nannte die Gründe für die Kostenerhöhung gegenüber dem Grundsatzbeschluss. Der Fachausschuss hat der Vorlage mehrheitlich, der Bauausschuss einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Zeschmann kritisierte die Kostenerhöhung gegenüber dem Grundsatzbeschluss. Herr Papendieck erkundigte sich nach der Nutzung von Solarthermie. Das wurde durch Herrn Fuls bejaht (Heizungsunterstützung).

Abschließend wurde durch die Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Aufgabenstellung durch den Nutzer vorgegeben wurde. Die Refinanzierung der Kosten erfolgt zu 100 % durch die Rettungsdienst GmbH.

***einstimmig zugestimmt***

*Enthaltung 1*

**Zu TOP 5 Gewährung einer zusätzlichen Zuwendung an die Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH im Jahr 2018 zum Kauf von Straßenbahnen vom Typ Artic Tram zur Herstellung der Barrierefreiheit nach §3 Abs. 3 des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes im Straßenbahnbetrieb  
Vorlage: 047/2018**

Herr Hellmich erläuterte die Beschlussvorlage und begründete die Kaufpreiserhöhung. Der Landkreis MOL trägt ebenfalls die Kostenerhöhung. Damit wird die behindertengerechte Ausstattung der Straßenbahn vorfristig erfüllt.

Herr Papendieck begrüßte diese Förderung des ÖPNV.

Herr Hellmich beantwortete Anfragen von Herrn Mangelsdorf (Straßenbahnen sind 4 Jahre alt) und Herrn Losensky (Haltestellen sichern die Barrierefreiheit).

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 6      Beschluss über die Beantragung des endgültigen Zuwendungsbescheides zum Breitbandausbau im Landkreis Oder- Spree  
Vorlage: 050/2018**

Durch Herrn Platz erfolgten, in Vertretung für Frau Teltewskaja, ausführliche Erläuterungen zur neuen Technologie des Breitbandausbaus und deren Finanzierung. Er wies darauf hin, dass das Land die erforderlichen Eigenanteile für finanzschwache Kommunen übernimmt und erläuterte die drei in der Beschlussvorlage enthaltenen Finanzierungsvarianten. Der Beschluss sichert einen zukunftsgerichteten Netzausbau.

Herr Dr. Zeschmann sprach sich grundsätzlich für eine zukunftsfähige Lösung aus und fragte nach den Chancen für die Realisierung der 3. Finanzierungsvariante.

Antwort: Bislang liegt dafür keine verbindliche Aussage vom Land vor.

Herr Papendieck befürwortete die Maßnahme und erkundigte sich nach der zeitlichen Umsetzung. Er wünschte eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit.

Antwort: Beginn 2018, Realisierungszeitraum 3 Jahre. Es gibt ein Begleitgremium, dem Vertreter aller Kommunen angehören. Die Öffentlichkeitsarbeit ist gesichert.

Herr Meyer lobte den guten Vorbereitungsstand und bezeichnete es als ein gutes Projekt für die Bevölkerung.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 7      Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree  
im Zeitraum 2019 bis 2022 ff  
Vorlage: 048/2018**

Frau Wellmer machte kurze Ausführungen zum Inhalt und zur Bedeutung der Prioritätenliste und wies insbesondere auf die neu aufgenommene Maßnahme 40-32 hin (Bau einer neuen Förderschule „geistige Entwicklung“ am Standort Fürstenwalde).

Maßnahmen, für die bereits Grundsatzbeschlüsse gefasst wurden, sind nicht mehr Bestandteil der Prioritätenliste.

Herr Kaufmann bemerkte, dass die Prioritätenliste keine Straßenbaumaßnahmen im berlinnahen Raum enthält. Darauf antwortete Frau Gläser, dass es dort keine Kreisstraßen gibt. Das könnte sich mit der „Übergabe“ des grünen Netzes (Landesstraßen) ändern.

Frau Weitzel informierte über den Beschluss des Bildungsausschusses, die Maßnahme 40-16 wieder in die Prioritätenliste aufzunehmen.

Herr Dr. Zeschmann hatte Anmerkungen zu folgenden Maßnahmen:

40-6 Kritik an der Kostensteigerung von 801 T€ (Schulsporthalle am Gymnasium Erkner), Frau Gläser nannte als einen Grund dafür die Verteuerung der Außenanlagen (Verlegung des Ehrenmals)

40-20 Er regte an, die Priorität für die Außenanlagen am Gymnasium FW, Standort Holzstraße zu erhöhen und verwies auf die Begründung in der Beschlussvorlage

10-3 Hier sollte die Notwendigkeit der Aufnahme in die Prioritätenliste geprüft werden. Die Gestaltung der Außenanlagen Haus E, Beeskow weist die Priorität 3 aus und erscheint nicht so wichtig.

Herr Papendieck forderte eine schnelle Realisierung des Baus der OS in Schöneiche.

Herr Schrobback erkundigte sich, ob die Grundstücksfragen für den Bau des Schulzentrums (Grundschule) und der Förderschule in Fürstenwalde geklärt sind und ob ein Abriss des Finanzamtes vorgesehen ist.

Frau Gläser bejahte den Abriss. Die Kosten dafür sind in den Gesamtkosten für die Baumaßnahme enthalten.

Über den Standort der Förderschule wurde noch nicht entschieden. Daraufhin empfahl Herr Dr. Zeschmann, zum Gebäude Finanzamt eine Abstimmung mit der Stadt Fürstenwalde vorzunehmen. Er könnte sich auch eine weitere Teilnutzung des Gebäudes (Cafeteria) vorstellen.

***einstimmig zugestimmt***

*Enthaltung 1*

**Zu TOP 8            Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 3.1/DIE LINKE/2018**

Frau Zarling berichtete ausführlich zum Sachstand. Dabei bezog sie sich auf die PowerPoint Präsentation, die im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 21.8.2018 verwendet wurde. Sie erläuterte die unterschiedliche Arbeitsweise der Tafeln. Die Unterstützung der Tafeln soll durch die Förderung von Investitionen und Sachgütern erfolgen. Dazu wird die Verwaltung eine interne Verwaltungsschrift erarbeiten. Das hatte der Fachausschuss auf seiner letzten Sitzung festgelegt.

Den Ausführungen schloss sich eine intensive Diskussion an, in der u.a. Herr Meyer, Herr Papendieck und Herr Dr. Zeschmann ihre Standpunkte darlegten.

Herr Dr. Zeschmann stellte den Antrag, die Fördersumme auf 60.000 € zu erhöhen. Herr Voß und Herr Mangelsdorf sprachen sich dagegen aus.

Die Abstimmung über den Antrag ergab folgendes Ergebnis: 4 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltung

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 3 Enthaltung 1*

**Zu TOP 9            Erweiterung der Seniorenheime GmbH des Landkreises um das Alten- und Pflegeheim in Eisenhüttenstadt  
Vorlage: 9.1/SPD/2018**

Frau Zarling berichtete über den derzeitigen Arbeitsstand:

- es haben Gespräche mit der Stadt Eisenhüttenstadt stattgefunden
- die Geschäftsführerin der Senioren gGmbH erarbeitet ein Betreiber- und Finanzierungskonzept
- der Landkreis bekennt sich zur Aufgabe im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge
- der LOS wird jedoch weder die GmbH noch das derzeitige Gebäude übernehmen.

Herr Zeschmann sprach sich gegen die Vorstellungen des Landkreises aus und forderte eine Ausschreibung der Aufgabe; erst danach sollte eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Papendieck vertrat die Auffassung, dass der Landkreis auch in Eisenhüttenstadt ein kommunales Heim führen sollte. Das vorhandene Gebäude ist abrisssreif, die GmbH ist verschuldet und es droht der Entzug der Betriebserlaubnis. Insofern besteht dringender Handlungsbedarf. Das Betreiber- und Finanzierungskonzept sollte abgewartet werden.

Der Antrag wird vertagt.

### **zurückverwiesen**

#### **Zu TOP 10      Sitzungsplan 2019 Vorlage: 037/2018**

Herr Dr. Zeschmann bat um eine Prüfung, ob der Termin für die konstituierende Sitzung des Kreistages (25.06.2019) um eine Woche vorverlegt werden kann, da er in die Sommerferien fällt.

### **ohne Abstimmung**

#### **Zu TOP 11      Sonstiges**

Frau Wellmer informierte über:

##### - Genehmigung der Haushaltssatzung 2018

Die am 11.04.2018 durch den Kreistag beschlossene Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wurde am 18. April 2018 dem Ministerium des Innern und für Kommunales zur Genehmigung (MIK) vorgelegt.

Am 24.07.2018 fragte das MIK beim Landkreis nach, ob zusätzliche Deckungsmittel vorhanden sind, den Negativsaldo aus Investitionstätigkeit in den Jahren 2020 und 2021 zu decken. Mit Schreiben vom 25. Juli 2018 stellte das Dezernat II gegenüber dem MIK die aktuelle Haushaltssituation des Landkreises dar. Daraufhin sandte das MIK dem LOS am 3. August 2018 ein Anhörungsschreiben. Daraus ging hervor, dass ein Teilbetrag i.H.v. 4.053.700 € der in der Haushaltssatzung 2018 ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen (15.705.800 €) genehmigungspflichtig ist und diese Genehmigung erteilt werden soll. Ein Beitrittsbeschluss durch den Kreistag ist nicht erforderlich, da die Festsetzungen der Haushaltssatzung 2018 nicht berührt werden. Der Landkreis verzichtete auf eine Stellungnahme gegenüber dem MIK.

Am 14.08.2018 wurde die Haushaltssatzung für das Jahr 2018 durch das Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) genehmigt. Das Schreiben des MIK ist dem Protokoll beigelegt. Gemäß Runderlass des Ministeriums des Innern in kommunalen Angelegenheiten Nr. 1/2013 Maßnahmen und Verfahren der Haushaltssicherung und der vorläufigen Haushaltsführung (Runderlass Nr. 1/2013 - Rderl. 1/2013) vom 24. Juli 2013 liegt beim Landkreis eine angespannte Haushaltssituation vor.

Die Veröffentlichung der Haushaltssatzung ist am 24.08.2018 im Amtsblatt Nr. 7 erfolgt. Damit wurde die vorläufige Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2018 beendet.

##### - Finanzausstattung 2019

Mit Schreiben vom 01.08.2019 erhielt der LOS die Orientierungsdaten für das Haushaltsjahr 2019. Daraus geht hervor, dass sich die Finanzausstattung für den Landkreis und auch für die Städte und Gemeinden verbessern wird. Der Landkreis rechnet für das Jahr 2019 mit höheren Schlüsselzuweisungen von 3-4 Mio. €. Diese Tendenz wird sich durch die Erhöhung der Verbundquote in den Jahren 2020 (nochmalige Erhöhung um 1 % auf 22 %) und 2021 (weitere Erhöhung um 0,43 % auf 22,43 %) fortsetzen.

Es wurde der Ablaufplan für die Aufstellung und Beschlussfassung des Planentwurfs 2019 übergeben (siehe auch Anlage zum Protokoll).

- Entwurf einer Richtlinie Kreisstrukturfonds

Der Landkreis beabsichtigt, Mittel aus dem Haushalt des Landkreises für Infrastrukturmaßnahmen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter zur Verfügung zu stellen. Zur Umsetzung dieser Förderung wurde durch die Verwaltung der Entwurf einer Richtlinie Kreisstrukturfonds (Stand 29.05.2018) erarbeitet, die den Mitgliedern des Finanzausschusses auf der Sitzung (vorab) übergeben wurde. Der Richtlinienentwurf soll zuerst mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren beraten werden, um deren Hinweise/Anregungen in die Richtlinie einfließen lassen zu können. Danach wird die Richtlinie in den Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung eingebracht werden. Der Entwurf der Richtlinie (Stand 29.05.2018) ist dem Protokoll beigefügt.

Herr Dr. Zeschmann kritisierte die in der 1. V-Ist Einschätzung per 30.06.2018 ausgewiesene positive Entwicklung, die er auf eine falsche Planung zurückführt. Frau Wellmer verwies auf die wesentlichen Abweichungen, z.B. Erhöhung der Erstattungen für Asyl. Diese waren zum Zeitpunkt der Planaufstellung nicht vorhersehbar.

Die Richtlinie Kreisstrukturfonds hält Herr Dr. Zeschmann nicht für erforderlich. Die Bewilligung von kreislichen Fördermitteln verursacht einen hohen Verwaltungsaufwand.

Herr Papendieck sprach sich für die Richtlinie aus. Sie unterstützt die Ausgleichfunktion des Landkreises.

Frau Gläsmer nannte als ein positives Beispiel die Modernisierung des Spreeradweges. Die Kommunen sind dazu finanziell nicht in der Lage. Außerdem erhält der Landkreis eine höhere Förderung.

gez.

Peter Kaufmann  
Vorsitzführender

Hariett Wellmer  
Schriftführerin